Würde es Ihnen gefallen, wenn der Staat einen Kopierer an Ihrem Briefkasten montiert?

Sicher nicht. Und ebenso wenig sollten Sie akzeptieren, dass der Staat speichern möchte, mit wem Sie telefonieren und Emails austauschen, dass Ihre Bewegungen auf der Straße von Kameras überwacht und ausgewertet werden, oder dass in Verwaltung und Sozialversicherung umfangreiche Persönlichkeitsprofile von Ihnen angelegt werden.

All dies und noch mehr wird gefordert, vorbereitet oder gar bereits getan. Dabei wird der Schutz der Privatsphäre in unserer modernen Welt immer wichtiger, damit wir auch morgen noch unbeschwert am öffentlichen Leben teilnehmen können, und unsere kleinen und großen Geheimnisse nur mit denen teilen, denen wir sie anvertrauen wollen.

Auf den folgenden Seiten stellen wir Ihnen einige Bereiche vor, wo Ihre Privatsphäre bedroht ist.

Vorratsdatenspeicherung:

Obwohl das Bundesverfassungsgericht schon einmal ein Gesetz zu dieser Protokollierung aller Telekommunikationsdaten für verfassungswidrig erklärt hat, und mehrere wissenschaftliche Arbeiten die Unwirksamkeit solcher Datensammlungen festgestellt haben, wollen viele Politiker und Ermittlungsbehörden dieses Überwachungswerkzeug erneut einführen. Dies lehnen wir ausdrücklich ab.

Sicherheitsgesetze

BKA-Gesetz, Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz und weitere Gesetze stellen zusammen mit den verschiedenen Terrorabwehrzentren und Sicherheitsbehörden inzwischen einen nahezu unüberschaubaren Apparat dar, der trotzdem oder vielleicht gerade wegen seiner Unübersichtlichkeit des öfteren versagt hat. Gesetzgeber und Ministerien sind hier dringend gefordert, alle Bereiche seriös und ergebnisoffen zu prüfen, und anschließend nicht Funktionierendes zu verbessern und Nutzloses bzw. Überflüssiges abzuschaffen.

INDECT

Dieses und andere EU-Forschungsprojekte im Bereich der Sicherheitstechnologie lassen in Europa Überwachungswerkzeuge entstehen, von denen man bereits weiß, dass sie hier aus juristischen Gründen nicht eingesetzt werden dürfen. Sie verletzen die Privatsphäre der Bürger eklatant. Es ist geplant, diese Produkte an Staaten mit unzureichendem Schutz der Grundrechte zu verkaufen, um die dortige Bevölkerung überwachen und oft auch verfolgen und unterdrücken zu können. Dies lehnen wir entschieden ab. Außerdem besteht die Gefahr, dass auch hier die Schranken für die Nutzung moderner Kameradrohnen, Telefonabhörgeräte, Internetanalysemethoden und anderer Überwachungstechnologien fallen.

Videoüberwachung

Mittlerweile hat die Kameradichte an manchen, als kritisch beurteilten Gebieten im öffentlichen Raum erschreckende Ausmaße angenommen. Dabei dient diese Maßnahme nur der „gefühlten Sicherheit“: Es werden keine Straftaten verhindert, sondern ein nicht vorhandener Schutz vor Straftaten vorgegaukelt, was eine Verschlechterung darstellt. Dazu besteht die Gefahr, dass durch die Einführung der automatischen Gesichtserkennung Bewegungsprofile aller Passanten erstellt werden können.

Elektronisch auslesbare Ausweisdokumente

Auf Personalausweis, Reisepass, Krankenversicherungskarte und anderen Dokumenten werden inzwischen Speicherchips angebracht. Außerdem werden biometrische Fotos, Fingerabdrücke und verschiedenste andere Daten erfasst und gespeichert. Dabei sollte genau darauf geachtet werden, dass nur unbedingt erforderliche Daten und Verfahren genutzt werden, und alles, was darüber hinausgeht, auf freiwilliger Basis beruht – es sollte jedem einzelnen Bürger überlassen bleiben, wie viel er außer dem absolut Nötigen von sich preisgibt.

Digitale Verwaltung

Die zunehmende Digitalisierung der Verwaltung soll die Effizienz und den Komfort für Bedienstete und Nutzer erhöhen. Dabei besteht jedoch die Gefahr, dass einzelne Datensammlungen verknüpft werden, so dass umfangreiche Persönlichkeitsprofile entstehen, die den „gläsernen Bürger“ in greifbare Nähe rücken lassen. Gesetzgeber und Verwaltungen müssen angehalten werden, immer nur die Daten zu erfassen und weiterzugeben, die für den konkreten Anlass unbedingt erforderlich sind.

Beschäftigtendatenschutz:

Trotz der vielen skandalösen Vorfälle von unmäßiger Videoüberwachung am Arbeitsplatz in den letzten Jahren ist bislang noch keine Verbesserung der Gesetzeslage zum Arbeitnehmerdatenschutz erfolgt. Im Gegenteil: Die bisherigen Vorschläge stellten Rückschritte dar und wurden daher zurückgezogen. Eine seriöse und wirksame Gesetzesgrundlage zum Schutz von Beschäftigten vor Überwachung und Weitergabe ihrer Daten ist überfällig.

Soziale Netzwerke

Die Betreiber der großen sozialen Netzwerke verdienen ihr Geld mit der Vermarktung der Daten ihrer Nutzer. Oft wird dabei geltendes deutsches und europäisches Datenschutzrecht verletzt, was aus juristischen Gründen nicht verfolgt werden kann. Hier ist zum einen die Politik gefordert, klare Verbesserungen vorzunehmen. Zum anderen sollte auch jeder einzelne Nutzer dieser Netzwerke vorsichtig und zurückhaltend bei der Preisgabe seiner sowie der Daten anderer sein. Denn das Internet vergisst nicht.

Was können Sie nun gegen all dies tun? Kann man da überhaupt etwas ausrichten und sich schützen?

Ja, man kann.

* Informieren Sie sich, auch unabhängig von uns. Hören Sie sich auch an, was die Befürworter von Überwachung und Datensammlung zu sagen haben.
* Fragen Sie bei Verwaltungen und Unternehmen nach, welche Daten dort über Sie gespeichert sind. Sie haben einen Anspruch auf Antworten. Hinterfragen Sie, ob das alles notwendig und rechtmäßig ist. Bestehen Sie ggf. auf die Löschung Ihrer Daten.
* Scheuen Sie sich nicht, den Datenschutzbeauftragten Ihres Bundeslandes zu informieren, wenn man Ihnen die Auskunft verweigert oder Sie sich unrechtmäßig behandelt fühlen.
* Besuchen Sie Veranstaltungen mit Politikern, und fragen Sie sie nach deren Meinung zu Datenschutzthemen. Fordern Sie den Schutz Ihrer Privatsphäre ein.
* Informieren Sie sich ausführlich über die sozialen Netzwerke, die Sie oder Ihre Kinder nutzen. Verwenden Sie die höchstmöglichen Privatsphäreneinstellungen. Verzichten Sie im Zweifel lieber auf die Preisgabe von Informationen. Veröffentlichen Sie nichts über andere Personen ohne deren Zustimmung.
* Sprechen Sie auch mit Freunden und Bekannten über diese Themen.